

Antrag Nr. 16-F-08-0026 Linke&Piraten

Betreff:

Sachstandsbericht zur Einrichtung einer Gedenkstätte für Opfer des Widerstands gegen die NS-Diktatur und eine Gedenktafel für im Dienst für Wiesbaden ums Leben gekommener Personen
-Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 22.06.2016-

Antragstext:

Der Ältestenausschuss hatte am 14.11.2013 beschlossen, zum Thema „Gedenkstätte für Opfer des NS-Widerstandes und im Dienst Umgekommenen“ eine Arbeitsgruppe einzurichten, die einen konkreten Vorschlag zu diesem Thema ausarbeitet. Gemäß diesem Beschluss gehörten der Arbeitsgruppe neben einer Vertreterin/einem Vertreter jeder Fraktion der Oberbürgermeister, Frau Stadträtin Scholz und ein/e Mitarbeiter/in des Hauptamts sowie Herr Dr. Faber und Herr Dr. Ulrich an. Die Arbeitsgruppe hatte folgende Ergebnisse erarbeitet, die der Ältestenausschuss einstimmig bestätigte:

Es sind zwei eigenständige Gedenkstätten für zwei Personengruppen zu realisieren:

- a. für Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger, die der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft Widerstand entgegengesetzt haben
- b. für Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger sowie Personen, die in Ausübung ihres Dienstes in oder für Wiesbaden bzw. für die Wiesbadener Bevölkerung ums Leben gekommen sind.

Der Arbeitskreis und mit ihm der Ältestenausschuss kamen einstimmig zur Auffassung, dass für beide Personengruppen jeweils eine Gedenkstätte im Rathaus-Foyer realisiert werden soll:

- a. Die Nische rechts neben der Pforte, in der zurzeit Informationsmaterialien bereitgehalten werden, soll für das Gedenken an den NS-Widerstand vorgesehen werden.
- b. Die beiden freien Wände im Erdgeschoss-Flur vor Raum 022 sollen für das Gedenken an die im Dienst umgekommenen Personen vorgesehen werden. Möglich wäre hier eine Gedenktafel, ein flaches Touchscreen o.ä. - jedenfalls soll die Fluchtlinie, die durch die angedeuteten Pfeiler markiert wird, nicht überschritten werden.

Beide Gedenkstätten sollen alle heutzutage bestehenden technischen Möglichkeiten (aktualisierbares Touchscreen etc.) nutzen.

Dezernat V wurde für die Federführung vorgesehen.

Die erforderlichen Mittel wurden für den Haushalt 2016/17 bereitgestellt.

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat möge über den Sachstand hinsichtlich der einstimmig beschlossenen Einrichtung eines Gedenkraums bzw. einer Gedenktafel berichten.